

bei verringerte sich die Arbeiterzahl in 30 von 42 Industriezweigen (um 418 000), nur in 12 Industriezweigen stieg sie weiter (um 191 000). Am stärksten nahm die Zahl der Arbeiter in folgenden Zweigen ab:

Kohlenbergbau	124000
Textilindustrie	74000
Eisen- u. Stahlindustrie	56000
Holzindustrie	23000
Schiffbau	17000
Tabakindustrie	16000
Baustoffindustrie	13000

Beträchtliche Zunahmen der Arbeiterzahlen hatten der Fahrzeugbau, die Konfektionsindustrie und die Kunststoffverarbeitung zu verzeichnen. Diese und neun weitere Zweige konnten einen Teil der in den übrigen Zweigen Freigesetzten absorbieren, aber diese Absorption vollzog sich nur in engen Grenzen.

Die Konzerne stellen nur solche Arbeitskräfte ein, die jung genug sind, um noch mehrere Jahrzehnte an der Profitproduktion teilnehmen zu können. Entlassen werden deshalb

Verschärfte Situation

Ein besonderes Ausmaß nahmen die Freisetzungen während der Konjunktur- und Strukturkrise im Jahre 1966 an. Innerhalb von 12 Monaten wurde die Zahl der Arbeitsplätze um mehr als eine halbe Million verringert. Die vorgenommenen Entlassungen erfolgten dabei keineswegs in erster Linie wegen der ungünstigen Geschäftslage, sondern spiegelten vor allem die verstärkten Rationalisierungs- und Automatisierungsbemühungen der Konzerne wider. Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahl der Arbeitslosen nach der Überwindung dieser Krise noch nicht wieder auf den Stand vor der Krise gesunken ist.

vor allem ältere Arbeiter. Diese haben nur geringe Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten, der ihrer erworbenen Qualifikation entspricht und ihnen den entsprechenden Verdienst sichert. Nach Schätzungen des DGB setzten sich 1966 40 Prozent aller Arbeitslosen aus Arbeitern zusammen, die keine Aussicht mehr haben, je wieder einen angemessenen Arbeitsplatz mit dem entsprechenden Verdienst zu erhalten. Darüber hinaus werden, vor allem im Bergbau, viele entlassene ältere Arbeiter auch vorzeitig auf Rente gesetzt. Sie können aber nicht auf den vollen Rentensatz kommen, da sie ja nicht bis zur Altersgrenze in Arbeit waren und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt haben. Auch das weitere Anwachsen der Angestelltenzahlen bot nur wenigen Arbeitern die Möglichkeit, eine neue Beschäftigung zu erwerben. Eine Angestelltentätigkeit erfordert meistens eine andere Qualifikation als die von den freigesetzten Arbeitern erworbene.

Im II. Quartal 1968 lag die Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland immer noch mit über 100 000 Personen über der Arbeitslosenzahl des II. Quartals 1966. Außerdem hat die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte noch nicht wieder den alten Stand erreicht. Mit 900 000 Personen liegt sie um

Belastungen für Werktätige verstärken sich

In den nächsten Jahren ist mit einem weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt auch in Westdeutschland zu rechnen, damit aber auch mit verstärkten Belastungen für die Werktätigen. Die Bonner Regierung orientiert sich u. a. auf die Überwindung der so-

400 000 unter dem Niveau vom Ende des Jahres 1966. Schätzungsweise 100 000 vorzeitig auf Rente gesetzte Arbeiter und Angestellte sind endgültig aus dem Berufsleben ausgeschieden.

In der Entwicklung des Arbeitskräftemarktes machen sich dabei immer stärker tiefgreifende strukturelle Verschiebungen bemerkbar. Tatsache ist, daß die kapitalistisch durchgeführte wissenschaftlich-technische Revolution die Qualifikation von Zehntausenden von Arbeitern im Laufe eines Jahres entwertet. Ihnen wird aber nicht ausreichende Gelegenheit geboten, sich für eine neue Aufgabe zu qualifizieren. Zugleich jedoch melden die Konzerne einen wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften (Ingenieure, Programmierer, hochspezialisierte Facharbeiter) an, der auf Grund der kapitalistischen Bildungsmisere nur ungenügend befriedigt werden kann. Dieser Widerspruch, der in anderen kapitalistischen Ländern, z. B. in den USA, bereits entwickelt als in Westdeutschland auftritt, ist ein Ausdruck für die Unfähigkeit des Kapitalismus, die von ihm geschaffenen Produktivkräfte rationell zu nutzen. Er zeigt anschaulich, welche Grenzen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte setzen, und dabei vor allem der Hauptproduktivkraft, dem werktätigen Produzenten.-

genannten technologischen Lücke zu den USA, d. h. darauf, das Gefälle im Niveau der Arbeitsproduktivität zwischen den USA und Westdeutschland zu beheben. Mit dieser Orientierung will sie den Monopolen günstigere Bedingungen im Konkurrenzkampf auf dem